

NACHHALTIGKEIT IM SOZIALSTAAT

1. Definition von Nachhaltigkeit	86
2. Wie machen es die anderen?	88
3. Finanzierung	91
4. Nachhaltigkeit der Beschäftigung	94
5. Nachhaltigkeit im europäischen Sozialmodell	96
6. Nachhaltigkeit im internationalen Kontext	97
7. Zusammenfassung	99

Auszug aus WISO 3/2005

isw

Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Gruberstraße 40–42

A-4020 Linz, Austria

Tel.: +43(0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889

E-Mail: wiso@ak-ooe.at

Internet: www.isw-linz.at

Agnes Streissler

**Leiterin der Abteilung
Wirtschaftspolitik der
Kammer für Arbeiter
und Angestellte für
Wien**

1. Definition von Nachhaltigkeit

„Nachhaltigkeit“ ist eines der großen Modewörter unserer Zeit – nachhaltiges Wirtschaften, nachhaltige Steuerreform, nachhaltige Unternehmensgründungen, nun eben auch Nachhaltigkeit im Sozialstaat. Aber was bedeutet das Wort überhaupt? Es kommt ursprünglich aus der ökologischen Debatte und wurde erstmals im so genannten Brundtland-Bericht 1987 in einem „Report of the World Commission on Environment and Development“ der Vereinten Nationen definiert. „Sustainable Development“ oder nachhaltige Entwicklung wird hier auf zwei Weisen umschrieben:

- Einerseits geht es darum, dass den Bedürfnissen der heutigen Generation entsprochen wird, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen.¹
- Andererseits ist im Endeffekt Nachhaltigkeit nur als Prozess begreifbar, in dem es darum geht, Ressourcenverwendung, Investitionstätigkeit, technische Entwicklung und institutionelle Veränderung miteinander zu vereinbaren.²

Bereits im Brundtland-Bericht wird dabei auf den Zusammenhang zwischen Ökologie- und Armutspolitik hingewiesen – Nachhaltigkeit in der Ökologie kann nur erreicht werden, wenn die Grundbedürfnisse aller befriedigt werden und alle bessere Lebenschancen haben.³ Wenn also von Entwicklungsländern höhere Umweltstandards gefordert werden, so darf dies nicht ohne Berücksichtigung der Auswirkung dieser Forderung auf die soziale Lage der Bevölkerung geschehen.

Insofern lässt sich der Nachhaltigkeitsbegriff von der Ökologie recht gut auf andere Bereiche und insbesondere eben auch auf die Sozialpolitik übertragen (wobei gleichzeitig offensichtlich ist, dass der Begriff nur allzu oft vollkommen falsch verwendet wird). Zum einen geht es nämlich um die intergenerationelle Verteilung – dies hängt unmittelbar mit der Sozial-

staatsdiskussion zusammen. Zum anderen ist es die Forderung nach einer gesamtheitlichen Sichtweise. Für den Sozialstaat würde dies bedeuten, dass er in das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem eingebettet werden muss. Dies hieße, dass eine proaktive Wirtschaftspolitik auch auf das jeweilige Sozialmodell ausgerichtet sein muss, aber auch umgekehrt. Es ist nicht nachhaltig, einzelne Ziele zu verfolgen, ohne deren Effekte auf andere Bereiche zu berücksichtigen. So ist eine Sozialpolitik, die als reine Klientelpolitik ausgestaltet ist, nicht nachhaltig. Ebenso wenig ist eine Wirtschaftspolitik, die keine Rücksicht auf Umwelt und Sozialsystem nimmt, als nachhaltig zu bezeichnen.

Sozialstaat muss in Wirtschafts- und Gesellschaftssystem eingebettet sein

Nachhaltigkeit hat aber, denkt man die obigen Definitionen konsequent weiter, auch sehr viel mit internationaler Kooperation zu tun. Gerade hier erleben wir aber in der heute so globalisierten Welt oft Eiertänze der Inkonsequenz. Es muss aber allen Beteiligten klar sein, dass weder Protektionismus noch schrankenlose Liberalisierung ohne soziale Standards nachhaltig sind.

Umverteilung (intra- wie intergenerationell) kann also nicht nur in Österreich allein stattfinden, ja auch nicht nur in Europa, sondern laut Nachhaltigkeitskonzept muss sie die ganze Welt betreffen. Selbstverständlich ist eine derartige Vorstellung bis zu gewissem Grad illusionär, es gibt aber Teilbereiche, wo sie in konkreten Forderungen mündet, so beispielsweise die Forderung nach Investitionsschutzabkommen nur unter Einhaltung sozialer Mindeststandards, teilweise auch die Forderung nach Schuldenerlässen für Entwicklungsländer und schließlich auch die Forderung, WTO- und GATS-Richtlinien immer wieder auf ihre Nachhaltigkeit zu überprüfen.

Umverteilung muss auch international erfolgen

Im Folgenden soll daher in unterschiedlicher Sichtweise über nachhaltige Sozialpolitik gesprochen werden:

- Was sagen uns internationale Vergleiche? Gibt es eine best practice nachhaltiger Sozialpolitik?
- Wie kann man zu einer „nachhaltigen Finanzierung“ im Sozialstaat kommen?
- Gibt es einen nachhaltigen Zusammenhang zwischen Arbeitsmarkt und Sozialstaat?
- Ist das europäische Sozialmodell, so es überhaupt existiert, als nachhaltig zu bezeichnen?
- Welche Konsequenzen ergeben sich aus der Forderung nach internationaler Kooperation für den Sozialstaat?

Es handelt sich dabei um einen Diskussionsbeitrag – es werden mehr Fragen angeschnitten als Antworten gegeben. In vielen Bereichen lohnte es sich, detaillierte Untersuchungen anzustellen. Hier soll lediglich eine Zusammenschau über unterschiedliche Perspektiven sozialer Nachhaltigkeit gegeben werden.

2. Wie machen es die anderen?

Rankings sind sinnlos ...

Heutzutage wird jeglicher Teil der Wirtschaft und der Politik gerne internationalen Rankings unterworfen – Österreich befindet sich auf dem 5. Platz bei der Arbeitslosigkeit in der EU, auf dem 17. Platz bei der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, auf dem letzten Platz bei den Pensionsausgaben etc. Derartige Indikatorenwert führt zu überhaupt nichts. Es werden einzelne Zahlen herausgegriffen und ohne Rücksicht auf das System, in das sie eingebettet sind, in eine Reihenfolge gebracht. Am aussagekräftigsten erscheinen noch Listen, wo die Zufriedenheit der Menschen abgebildet wird oder wo, wie beispielsweise im Human Development Index der Vereinten Nationen, versucht wird, einen möglichst gesamtheitlichen Index zu bilden.

... aber Blick über die Grenzen lohnt sich

Bei aller Kritik also an derartigen internationalen Vergleichen, aus denen ja dann meistens die Forderung nach Abbau von sozialer Sicherung und Regulierung abgeleitet wird, lohnt sich dennoch der Blick über die Grenzen. Denn es zeigt sich, dass

unterschiedliche Sozialmodelle unterschiedlich gut dafür geeignet sind, den derzeitigen Herausforderungen gerecht zu werden. Sozialsysteme, die nach wie vor auf traditionelle Familienmodelle und auf die Absicherung über reguläre, dauerhafte Jobs abstellen, bekommen immer mehr Finanzierungs- und Legitimationsprobleme.

Hingegen erscheint es nachhaltig, wenn das Sozialsystem ein Aufbrechen von Geschlechterrollen unterstützt – Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, aktive Unterstützung für Männer, die ihre Vaterrolle stärker wahrnehmen wollen, positive Diskriminierungsmaßnahmen im öffentlichen Dienst, bewusstseinsstärkende und umverteilende Maßnahmen wie Gender Budgeting etc. Vorbilder für eine derartige Politik sind jedenfalls die skandinavischen Länder. Auch wenn es dort noch immer einen segregierten Arbeitsmarkt gibt (Frauen arbeiten eher im geschützten Sektor, Männer im exponierten), sind die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen deutlich geringer, die Teilzeit- und Karenzierungsquoten von Männern deutlich höher und es gibt insgesamt geringere Unterschiede in der Beteiligung am Arbeitsmarkt.

Aufbrechen von Geschlechterrollen

Ebenso ist eine aktive Integrationspolitik nachhaltig – allem voran geht es hier natürlich um die sprachliche, aber auch um die kulturelle Integration, um Menschen zu befähigen in vollem Ausmaß Rechte und Pflichten im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gemeinwesen wahrzunehmen. Soziale Teilhabe sollte allen ermöglicht werden, sollte aber auch aktiv gefördert werden, um Ghettoisierungen zu vermeiden. Dass damit die Chancen für eine gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsmarkt steigen, ist zwar ein wichtiger, aber dennoch nur ein Teilaspekt eines derartigen Zugangs. Darüber muss der Gedanke stehen, dass eine echte Integration den Solidaritätsgedanken in einer Gesellschaft stärkt und das Problembewusstsein für das „Andere“ erhöht. Unter Integration ist somit das Miteinander verschiedener Kulturen, das Miteinander verschiedener Generationen, das Miteinander von Krank und Gesund etc. zu verstehen. Wiederum in der skandinavischen Tradition ist

aktive Integrationspolitik

auch die Behindertenproblematik zu sehen: Behinderung wird dort nicht als individuelles Schicksal aufgefasst, sondern behindert ist jemand, der von der Gesellschaft behindert wird, in möglichst hohem Ausmaß an ihr teilhaben zu können. Die Aufhebung bzw. der Abbau dieser Barrieren liegt daher in der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung.

Und schließlich ist wohl einer der wesentlichsten Faktoren nachhaltiger Sozialpolitik in ihrer Verknüpfung mit der Bildung zu finden: Bildung als wesentlichen Bestandteil des Sozialsystems zu begreifen kommt ursprünglich aus der angelsächsischen Tradition. In Kontinentaleuropa herrschte lange Zeit das Humboldt'sche Bildungsideal der Bildung als Selbstzweck vor (das aber vielfach eine stark elitäre Konnotation hatte), heutzutage wird es häufig von einer sehr stark ökonomisierten Sichtweise auf Bildung abgelöst – Bildung wird ausschließlich als wesentlicher Wirtschaftswachstumsfaktor gesehen. Wiederum die skandinavischen Länder zeigen dabei aber, dass wenngleich ein hohes Bildungsniveau natürlich auch für den Wirtschaftsstandort von Nutzen ist, Bildung auch einen großen Beitrag zum sozialen Ausgleich leistet. Länder, die eine Bildungspolitik verfolgen, die möglichst alle erreichen soll, die als Ziel hat, mitgebrachte Defizite auszugleichen, und die über Gesamt- und Ganztagschulen einen möglichst umfassenden Bildungsauftrag erfüllt, haben nicht nur eine bessere wirtschaftliche Performance (via bessere Voraussetzungen für zukunftsfähige Innovationspolitik und eine höhere AkademikerInnenquote), sondern es zeigt sich auch, dass Armut weitaus weniger vererbt wird als in Staaten, wo die hauptsächliche soziale und bildende Verantwortung bei den Familien liegt.

Bei diesem Blick über die Grenzen und bei den sich daraus ergebenden Reformvorschlägen gilt es allerdings immer zu beachten, dass in den meisten Fällen Modelle nicht eins zu eins übertragbar sind. Die besten Modelle sind nämlich jene,

die in ihr jeweiliges System optimal hineinpassen. Hier einen einzelnen Baustein herauszunehmen und in ein anderes System hineinzwängen zu wollen ist meist nicht von großem Erfolg gekrönt. Insofern darf man einen weiteren Zugang der skandinavischen Länder abermals als best practice empfehlen: Reformen können nur nachhaltig umgesetzt werden, wenn sie im Einklang mit der Bevölkerung geschehen. Reformen immer nur mit Sparen gleichzusetzen verunsichert so sehr, dass davon die gesamte Wirtschaftsentwicklung bedroht wird, wie derzeit Deutschland deutlich (und Österreich in kleinerem Maßstab) zeigt. Die Für und Wider von Reformen und ihre längerfristigen Gewinne sind aber nur dann glaubhaft vermittelbar, wenn die Reformen insgesamt systemkompatibel sind – was ja laut Brundtland-Definition eben auch ein wesentlicher Teil von Nachhaltigkeit ist.

Reformen müssen im Einklang mit der Bevölkerung erfolgen

Reformen müssen daher viel stärker auf Effektivität als auf Effizienz ausgerichtet sein – nicht die kurzfristige Kosteneinsparung sollte im Vordergrund stehen, sondern die bestmögliche Zielerreichung. Dafür wiederum bedarf es aber klarer Zieldefinitionen. Ziele zu definieren und innerhalb eines hochkomplexen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems kompatibel zu machen ist eine der schwierigsten, aber auch wichtigsten Aufgaben jeglicher nachhaltiger Politik.

Effektivität vor Effizienz

3. Finanzierung

Eines der ersten Themen, welches unter der Überschrift „Nachhaltigkeit im Sozialstaat“ immer auftaucht, ist die Finanzierung: Wie kann „nachhaltig“ finanziert werden? Auch hier wird gerne Langfristigkeit mit Nachhaltigkeit verwechselt. Maßnahmen, die lediglich darauf abzielen, die derzeitig entstandenen Defizite in unterschiedlichen Sicherungssystemen zu beheben, müssen noch in keiner Weise nachhaltig sein. Mit dem Schielen auf kurzfristig politisch relevante „Ziele“ wie ein Nulldefizit gewachsene Systeme, die sich durchaus auch bewährt haben, zu zerschlagen, zeugt von hoher gesellschaft-

licher Verantwortungslosigkeit. Vielmehr gilt es, die intergenerationelle Gerechtigkeit im Auge zu behalten und kommende Entwicklungen richtig einzuschätzen und in die Reformen einzubeziehen. Kurze Legislaturperioden und die Wichtigkeit medienwirksamer Tagespolitik stehen hier viel zu oft nachhaltigen Reformen im Weg.

Einnahmenerosion wegen Rückgang der Lohnquote

Tatsache ist aber, dass die Finanzierungsfrage tatsächlich auch ein Nachhaltigkeitsproblem hat: Wir sehen in den vergangenen Jahren einen laufenden Rückgang der Lohnquote: Der Anteil der ArbeitnehmerInnen einkommen am Volkseinkommen machte 1999 noch ca. 72,5 % aus, derzeit macht er (mit weiter fallender Tendenz) ca. 67,5 % aus. Diese Entwicklung dürfte sich auch in den kommenden Jahren fortsetzen. Selbst wenn es gelänge, die negativen Auswirkungen des Finanz- und Börsenkapitalismus stärker einzudämmen, dürfte allein die Zunahme der Vielfalt von Beschäftigungsformen weiter Druck auf den Anteil der unselbstständigen Einkommen ausüben. Systeme, deren Finanzierungskraft stark aus dieser Lohnsumme kommt, sehen sich daher mit einer Erosion ihrer Einnahmen konfrontiert. In Österreich betrifft dies derzeit insbesondere das Gesundheitssystem: Entgegen häufig getätigten Aussagen erleben wir hier nämlich nicht eine nicht kontrollierbare Explosion der Ausgaben (diese entwickeln sich seit etwa Anfang der 80er weitestgehend parallel zum BIP), sondern die Defizite entstehen auf der Einnahmenseite – die Einnahmenentwicklung der Krankenversicherungen bleibt deutlich hinter der BIP-Entwicklung zurück.

Verbreiterung der Bemessungsgrundlage

Hier müssen also andere bzw. weitere Finanzierungsformen gefunden werden. Dies entspräche sowohl der inter- wie auch der intragenerationellen Gerechtigkeit: In einem Solidargefüge sollten alle ihrer Leistungsfähigkeit entsprechende Beiträge leisten. Die Vorschläge zur Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen (Einbeziehen von Nicht-Erwerbseinkommen einerseits und Abstellen auf die Wertschöpfung statt auf die Lohnsumme andererseits) sowie die Erhöhung der Höchstbeitragsgrundlage sind hier adäquate Vorschläge.

Wichtig ist aber, dass es bei diesen Reformen auch nicht zu einer vollkommenen Abkoppelung von der Erwerbstätigkeit kommt. Dies ist aus politischen Gründen notwendig, aber auch, um die funktionierende Integration von Arbeitsmarkt und sozialer Absicherung zu gewährleisten. Es ist anzunehmen, dass in Zukunft das europäische Sozialmodell verstärkt in Richtung „flexicurity“ umgebaut wird – mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt mit gleichzeitiger hoher sozialer Absicherung. Dafür bedarf es aber auch auf der Finanzierungsseite eines Konnexes zum Arbeitsmarkt.

Anbindung an Erwerbstätigkeit nach wie vor wichtig ...

Was jedenfalls aber auszuweiten ist, ist der Mindestschutz. Wenngleich also für viele soziale Absicherungselemente die Erwerbwilligkeit eine Voraussetzung sein muss, muss dennoch ein Mindestschutz unabhängig von vorangegangener Erwerbstätigkeit gewährt werden. Das bedeutet beispielsweise die Forderung nach einer Grundpension (oft auch in Modellen einer „eigenständigen Alterssicherung“ integriert), nach einem Mindestarbeitslosengeld sowie nach einer bundeseinheitlichen Mindestsicherung.

... gleichzeitig Ausweitung des Mindestschutzes

Das würde also bedeuten, dass es in den verschiedenen Sicherungssystemen eine (wahrscheinlich steuerfinanzierte) Grundabsicherung geben müsste und darauf aufbauend eine erwerbseinkommensabhängige (und dementsprechend beitragsfinanzierte) Leistung. In diesem Kontext wären dann beispielsweise auch ein Grund-Kindergeld (für arbeitsmarktfremde Personen) und ein einkommensabhängiges Karenzgeld (analog zum Arbeitslosengeld) auf einmal kein Widerspruch mehr – hier gilt es nur, im Sinne der oben getroffenen Definition von Nachhaltigkeit ausreichend Anreize zu schaffen, um geschlechterrollenspezifische Segmentierungen zu vermeiden (rascher Wiedereinstieg von Frauen in den Arbeitsmarkt durch Verkürzung der möglichen Karenzzeiten und Förderung von Karenzierungen bei Männern).

4. Nachhaltigkeit der Beschäftigung

*Sozialbereich
typischer
„Frauenberuf“ –
das wirkt auf
Einkommen*

Derzeit arbeiten etwa 335.000 Personen im „Sozial-, Gesundheits- und Veterinärwesen“ (das sind etwa 8,5 % aller unselbstständigen Erwerbspersonen). Aus diversen Untersuchungen wissen wir, dass die Einkommen in diesen Sektoren leicht unter dem Gesamtdurchschnitt liegen. Es handelt sich um typische Frauenbranchen – Frauen verdienen dabei auch etwas mehr als das Frauen-Medianeinkommen, Männer hingegen, die im Sozial- oder Gesundheitsbereich beschäftigt sind, liegen unter dem Medianeinkommen aller Männer. Dieser Zusammenhang verfestigt die geschlechtsspezifische Segregation in diesen Beschäftigungsbereichen: Für Frauen bieten sie eine Chance, für Männer sind sie unattraktiv, was wiederum die Einkommensstruktur perpetuiert.

Dass die Einkommen insgesamt noch relativ nahe dem Durchschnitt sind, liegt an dem hohen Anteil von öffentlichen Arbeitgebern in diesem Bereich. In manchen Graubereichen (etwa im Pflegebereich) gibt es hingegen hohe Illegalitätsquoten und ausbeuterisch niedrige Entlohnung (man denke an jene tschechische Scheinselbstständige, die gegen ein „Taschengeld“ bereit sind, 24-Stunden-Dienste bei österreichischen PflegepatientInnen zu leisten).

*jene, die den
Sozialstaat am
dringendsten
brauchen, sind
die Leistungs-
erbringerInnen*

Aus internationalen Analysen wissen wir, dass die Beschäftigung in Sozialberufen sich zu einem überdurchschnittlich hohen Ausmaß aus Gruppen rekrutiert, die eher sozial benachteiligt sind – das betrifft wie gesagt Frauen, ebenso aber auch MigrantInnen. Dies ist ein wenig nachhaltiger Teufelskreis – jene, die auf Leistungen des Sozialstaates am dringendsten angewiesen sind, deren Empowerment eine wesentliche Aufgabe des europäischen Wohlfahrtsmodells wäre, sind gerade jene, die die notwendigen Dienstleistungen dieses Sozialstaates erbringen. Da bekanntermaßen die Produktivitätsgewinne in diesen Bereichen hinter der allgemeinen Produktivitätsentwicklung zurückbleiben, erhalten sie dementsprechend auch immer weniger vom Gesamtkuchen.

So erscheint es daher im Sinne von Nachhaltigkeit notwendig, dass auch in Zukunft große Teile des Sozialwesens in öffentlicher Hand bleiben, um hier doch halbwegs gerechte Arbeitsbedingungen und Entlohnung zu garantieren. Tendenzen zu zunehmender Ökonomisierung und Privatisierung von Gesundheits- und Sozialwesen würden hingegen Entwicklungen in Richtung einer Zwei- bzw. Mehrklassengesellschaft begünstigen.

*Staat muss
weiterhin
Verantwortung
haben*

Weiters ist es notwendig, immer mehr bislang von Familien (= Frauen) unentgeltlich erbrachte soziale Leistungen an die allgemeine gesellschaftliche Verantwortung zu delegieren. Kinderbetreuung, Altenpflege, Ganztagschule – dies alles werden zunehmend wichtigere Beschäftigungsbereiche. Das skandinavische Beispiel hat auch hier wieder Schule gemacht: Die frühe Auslagerung dieser Leistungen (bereits seit Anfang der 1970er Jahre) aus den Familien hat eine höhere Frauenerwerbstätigkeit ermöglicht, gleichzeitig aber durch eine bessere Unterstützung der Familien auch die Geburtenraten nicht so drastisch absinken lassen wie beispielsweise in Deutschland oder Österreich. Allerdings muss (wie auch schon weiter oben) eine Kehrseite genannt werden: Auch auf dem schwedischen Arbeitsmarkt konnte Segregation nicht verhindert werden – während Frauen in geschützten, (halb-)öffentlichen Bereichen arbeiten, arbeiten Männer in den exponierten, exportorientierten Bereichen mit deutlich besseren Einkommens- und Karrierechancen, dafür aber höheren Anforderungen an die zeitliche Flexibilität.

Daher zusammenfassend: Ja, der Sozialstaat kann Beschäftigung generieren und damit (nachhaltig) zu seiner eigenen Finanzierbarkeit beitragen, es ist nur laufend zu evaluieren, welchen Rahmenbedingungen diese Beschäftigung unterworfen ist. So ist es sicher nicht nachhaltig, hier karrieremäßige Einbahnstraßen zu bauen, indem beispielsweise sehr fantasie-los arbeitslose Frauen mittleren Alters einfach in die Pflege vermittelt werden, „weil das kann man ja eh als Frau“.

Vielmehr gilt es, modulare Ausbildungssysteme und Berufsbilder zu erzeugen, damit auch hier vielfältige Karriere- und Entwicklungsmöglichkeiten gegeben sind. Eine effektive aktive Arbeitsmarktpolitik könnte hier nachhaltige Unterstützung geben.

5. Nachhaltigkeit im europäischen Sozialmodell

*Koordination von
Wirtschafts- und
Sozialpolitik*

Im Idealfall könnte das europäische Sozialmodell der ganzheitlichen Definition von Nachhaltigkeit entsprechen. Denn es sollte um Koordination von aktiver Wirtschafts- und Sozialpolitik gehen, um Regulierung, fairen Wettbewerb, Daseinsvorsorge, „corporate social responsibility“ und vor allem um Solidarität und Miteinander. Tony Blair drückte es in seiner Präsidentschaftsrede vor dem Europäischen Parlament im Juni 2005 so aus:

Dies ist eine Union der Werte, der Solidarität zwischen Staaten und Bevölkerung, nicht nur ein gemeinsamer Markt, auf dem wir Handel treiben, sondern ein gemeinsamer politischer Raum, in dem wir als BürgerInnen leben. [...] Ich glaube an Europa als politisches Projekt. Ich glaube an ein Europa, das eine starke und umsorgende soziale Dimension hat. (Übersetzung durch Autorin)⁴

*kooperativer
Konsenskurs
muss bestehen
bleiben*

Dies betrifft aber eben nicht nur die Sozialpolitik im engeren Sinn, sondern ebenso die Regulierungsmechanismen einer zügellosen Marktwirtschaft. Die Vorstellung, jeder sei seines Glückes Schmied, hat sich (bislang) in Europa nicht durchgesetzt. Kooperationen zwischen Staat und BürgerInnen werden angestrebt, die Kooperationen zwischen Staat und Unternehmen funktionieren heute leider nur mehr sehr partiell – die Unternehmen drohen den lange Zeit erfolgreichen Konsenskurs aufzugeben. Dem sollte so rasch wie möglich gegengesteuert werden, um ein bewährtes Modell, das Vorteile wie höhere Einkommensgleichheit, niedrigere Armutsquoten und

allgemeine Zufriedenheit mit der Lebensqualität mit sich gebracht hat, nicht leichtfertig auf dem Altar des Neoliberalismus zu opfern.

Daher wäre dringend wieder ein kooperativer Weg einzuschlagen. Es muss sich endlich auf einen gemeinsamen europäischen Gedanken geeinigt werden und die Mitgliedstaaten dürfen nicht immer nur ihre Einzelinteressen verfolgen. Auch muss in der Politik die einseitige Priorisierung von Wachstum aufgegeben und das Ziel der sozialen Kohäsion gleichwertig verfolgt werden.

In den einzelnen Staaten werden Reformen des Sozialstaates unumgänglich sein (siehe auch weiter oben), es dürfen dabei aber nicht die grundlegenden Prinzipien des europäischen Sozialmodells vergessen werden: Solidarität und soziale Absicherung als BürgerInnenrecht.

Dies muss gepaart sein mit einer proaktiven, nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik, die beispielsweise masochistisch anmutende Selbstknebelungspraktiken wie den Stabilitätspakt aufgeben sollte. Gerade dieser ist ein Paradebeispiel für nicht nachhaltige Politik. Das kurzfristige Abstellen auf „solide Finanzen“ verhindert zukunftsorientierte Ausgabenpolitik (Infrastrukturinvestitionen, Investitionen in Forschung und Bildung). Das beschädigt auf Dauer das gesamte europäische Sozialmodell, wie die anhaltende Konjunkturschwäche in Europa nur allzu deutlich zeigt.

*Stabilitätspakt
nicht nachhaltig*

6. Nachhaltigkeit im internationalen Kontext

Sehr sensibel ist die Frage, wie weit Nachhaltigkeit in einem internationalen Kontext wirklich gewünscht ist. Wie eingangs ausgeführt, ist internationale Solidarität wesentlicher Bestandteil von Nachhaltigkeit nach Brundtland'scher Definition.

*neoliberaler
Standort-
wettbewerb
nicht
nachhaltig,
ebenso wenig
wie reine
Klientelpolitik*

Neoliberale rufen den „Standortwettbewerb“ aus – in der falschen Hoffnung, dass wenn überall die sozialen Standards ruiniert sind, die Standortwahl keine Rolle mehr spiele. Dies ist jedenfalls nicht als solidarisch zu bezeichnen. Aber auch die Gewerkschaften müssen sich vorwerfen lassen, nicht immer eine konsistente Politik zu verfolgen. Zwar waren die Gewerkschaften und die sozialdemokratischen Bewegungen selbstverständlich immer international. Man war sich bewusst, dass nachhaltiger sozialer Fortschritt nicht nach dem Floriani-Prinzip funktioniert. Teilweise scheint dies aber in den entwickelten Ländern manchmal etwas in Vergessenheit zu geraten – die Absicherung der eigenen Klientel ist dann wichtiger als die internationale Solidarität.

Nun kann es natürlich nicht angehen, dass wahllos Grenzen geöffnet werden oder dass Länder mit sehr unterschiedlichem Entwicklungsniveau keinerlei Übergangsfristen bedürften. Eine zu rasche Öffnung würde nur dazu führen, dass das Kapital die Rente aus Lohn- und Sozialniveaudifferenzen lukriert, während breite Bevölkerungsteile auf beiden Seiten der Grenzen mehr Nachteile als Vorteile haben.

*Harmonisierung
statt Steuer-
dumping*

Gefragt wären aber auch hier wiederum kooperative Lösungen. Das heißt im Konkreten beispielsweise kein Steuerdumping, sondern Harmonisierung von Steuern und Mindeststandards. Gleichzeitig gilt es, benachteiligte Regionen zu unterstützen – Umverteilung ist also auch auf internationaler und überregionaler Ebene gefragt. Das darf konsequent weitergedacht natürlich nicht nur innerhalb der Festung Europa gelten, sondern auch darüber hinaus.

Ähnliches gilt für die Leistungen der Daseinsvorsorge. Man darf hier nicht zweierlei Maß anlegen: einerseits die inländischen großen Unternehmen vor zu viel Wettbewerb schützen, andererseits stolz darauf sein, wenn sie in anderen Ländern die darniederliegende Infrastruktur aufkaufen.

Nachgedacht wird sehr viel in diesem Bereich, meistens bleiben diese Überlegungen aber recht diffus, da man auch schwer die politischen Akteure definieren kann. „Die da oben“ sollen sich kooperativ und solidarisch verhalten – sind das nationale Regierungen, sind das multinationale Konzerne, sind das weltumspannende Organisationen wie WTO, IMF etc.? Im Grunde bräuchte es hier wahrscheinlich einen eigenen „Brundtland-Report“ über globale soziale Nachhaltigkeit. Bis dahin gilt es einfach immer wieder das Bewusstsein für international unsolidarisches und unsoziales Verhalten aller Beteiligten zu schärfen.

Bewusstsein für internationale Solidarität ist zu schärfen

7. Zusammenfassung

„Nachhaltigkeit“ in Bezug auf das Sozialsystem ist also vorstellbar, sie darf aber nicht einfach nur zu einem Schlagwort verkommen. Wenn die Forderung nach Nachhaltigkeit ernst gemeint ist, muss deutlich mehr als heute solidarisch, kooperativ und international gedacht werden.

Eine Analyse der verschiedenen Sozialsysteme im Hinblick auf ihre Nachhaltigkeit zeigt: Es ist unangebracht, einen Abgesang auf den Sozialstaat anzustimmen. Viele Elemente sind sehr brauchbar und sollten nicht leichtfertig über Bord geworfen werden. Um den Sozialstaat auch in Hinkunft tragfähig zu erhalten, wird es aber in Teilbereichen Reformen geben müssen und er muss auf seine Kompatibilität mit anderen Bereichen wie dem Arbeitsmarkt und der Wirtschaftspolitik überprüft werden. Um derartige Reformen nicht den Gegebenheiten der Tagespolitik zu unterwerfen, muss es zu langfristigen Bewusstseinsbildungsprozessen bei der Bevölkerung kommen und Reformen im Einklang mit der Bevölkerung müssen systemkompatibel angegangen werden.

Kurz gesagt: Nachhaltigkeit könnte erreicht werden, wenn Wirtschafts- und Sozialpolitik (und selbstverständlich auch die Umweltpolitik) auf kooperative Weise miteinander vereint wer-

den. Dies mag einem Brief ans Christkind gleichkommen, dennoch muss es allen „Gutmenschen“, die an ein erfolgreiches Wohlfahrtsmodell nach europäischem Muster glauben, ein Anliegen bleiben.

Anmerkungen:

- 1 „Humanity has the ability to make development sustainable to ensure that it meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs.“ (United Nations, Development ... a.a.O., 23.)
- 2 „Yet in the end, sustainable development is not a fixed state of harmony, but rather a process of change in which the exploitation of resources, the direction of investments, the orientation of technological development, and institutional change are made consistent with future as well as present needs. [...] Thus, in the final analysis, sustainable development must rest on political will.“ (United Nations, Development ..., a.a.O., 24.)
- 3 „Poverty is not only an evil in itself, but sustainable development requires meeting the basic needs of all and extending to all the opportunity to fulfil their aspirations for a better life. (United Nations, Development ..., a.a.O., 24f.)
- 4 This is a union of values, of solidarity between nations and people, of not just a common market in which we trade but a common political space in which we live as citizens. [...] I believe in Europe as a political project. I believe in Europe with a strong and caring dimension.

Literatur:

- Streissler, A., USA und Europa – Ein Vergleich der Sozialsysteme. OIIP Arbeitspapier 46. Wien 2003.
- United Nations, Development and International Economic Cooperation: Environment. A/42/427. New York 1987. <http://www.are.admin.ch/imperia/md/content/are/nachhaltigeentwicklung/brundtland-bericht.pdf> (heruntergeladen August 2005).

INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

WISO

WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinander gesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)
Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00
Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter www.isw-linz.at)

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter www.isw-linz.at.



BESTELLSCHEIN*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
- 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: www.isw-linz.at

Name _____

Institution/Firma _____

Straße _____

Plz/Ort _____

E-Mail _____

BESTELLADRESSE:

ISW
Gruberstraße 40-42, A-4020 Linz
Tel. ++43/732/66 92 73-33 21
Fax ++43/732/66 92 73-28 89
E-Mail: wiso@ak-ooe.at
Internet: www.isw-linz.at